



Deutscher
Caritasverband e.V.

Europawahlen 2024

EU-Vertretung des Deutschen Caritasverbandes

Rue de Pascale 4-6
B-1040 Brüssel
Telefon-Zentrale +32 2 230 45 00
Telefon-Zentrale +49 761 200 700

Ihre Ansprechpartnerin
Lisa Schüler
Telefon-Durchwahl +32 2 235 04 43
Email lisa.schueler@caritas.de
www.caritas.de

Datum 03.04.2024

Orientierungsrahmen gegen populistische, nationalistische oder anti-demokratische Forderungen aus Per- spektive des Deutschen Caritasverbandes

Als Deutscher Caritasverband haben wir die Vision einer offenen, demokratischen, rechtsstaatlichen, solidarischen und auf Wahrung der Menschenrechte basierenden Europäischen Union, in der jeder Mensch ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat.¹ Dies steht im Gegensatz zu aktuellen populistischen, nationalistischen und anti-demokratischen Strömungen, die in allen EU-Mitgliedstaaten die Spaltung der europäischen Gesellschaften vorantreiben und Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa gefährden.

Vom 6. bis 9. Juni 2024 wählen die Bürgerinnen und Bürger das Europäische Parlament. Für ihre Forderungen zur Europawahl nutzen nationalistische und anti-demokratische Parteien wie die AfD ein **spezifisches Framing: Sie stellen die Europäische Union als undemokratisches, unkontrollierbares und bürokratisches Konstrukt dar**, das abgeschafft werden muss. Die EU wird nur negativ dargestellt, positive Errungenschaften in keinem Wort erwähnt. Die Aussagen im Einzelnen beruhen oft auf Falschaussagen oder wissenschaftlich nicht haltbaren Annahmen. Als Deutscher Caritasverband setzen wir auf differenzierte, faktenbasierte Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Die verbandliche Caritas kritisiert zwar einzelne politische Entscheidungen auf Ebene der Europäischen Union, sie möchte diese jedoch konstruktiv mitgestalten. Wir sind überzeugt, dass in einer Zeit sich überschneidender Krisen und grenzüberschreitender Herausforderungen und Abhängigkeiten nur gemeinsam eine friedliche, lebenswerte Zukunft gesichert werden kann. Die Antwort muss **mehr**, nicht weniger Solidarität sein! Der Deutsche Caritasverband arbeitet daher gemeinsam mit unserem europäischen Netzwerk Caritas Europa intensiv daran mit, das Friedensprojekt Europäische Union zu erhalten und nachhaltig zu stärken.²

¹ Siehe Forderungen des Deutschen Caritasverbands für eine friedliche, solidarische und soziale Europäische Union (2024): <https://www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/15-01-2024-forderungen-fuer-eine-friedliche-solidarische-und-soziale-europaeisch>

² Im Jahr 2024 hat der Deutsche Caritasverband seine Jahreskampagne unter das Motto „Frieden beginnt bei mir“ gestellt. In dem zugehörigen Agendapapier wird das Friedensprojekt Europa in besonderer Weise als Aufgabe der verbandlichen Caritas beschrieben.

In den folgenden vier Punkten stellen wir die Konsequenzen einer Politik auf der Basis der Programmatik der AfD der Vision des Deutschen Caritasverbandes für eine Europäische Union des Friedens und der Gerechtigkeit gegenüber:

1. Die AfD will die EU abschaffen und einen „Bund der Völker“ errichten.

Eine Abschaffung der EU würde sowohl Frieden als auch Wohlstand in Deutschland und Europa gefährden. Die EU und ihre Vorgängerorganisationen sind seit über 75 Jahren ein Garant für ein friedliches Miteinander zwischen den Mitgliedstaaten. Deswegen hat die EU 2021 den Friedensnobelpreis erhalten. Die AfD fordert die Auflösung der EU sowie eine Abstimmung über den Verbleib Deutschlands in der EU. Was nationale Alleingänge für die Wirtschaft und Menschen bedeuten, lässt sich in Großbritannien seit dem Brexit beobachten. Das Land ist politisch und wirtschaftlich instabiler und isolierter, die Wirtschaft schrumpft und Menschen ohne die „richtige“ Staatsbürgerschaft müssen das Land verlassen.³ Die AfD fordert zudem, das direkt gewählte Europaparlament, welches die Interessen der Bürger_innen der EU vertritt, abzuschaffen. Dies würde zu weniger, nicht zu mehr demokratischer Legitimation europäischer Entscheidungen führen.

Die Vision des Deutschen Caritasverbands ist eine friedliche, solidarische und mit einem sozialen und nachhaltigen Binnenmarkt ausgestattete Europäische Union. Grundlage der Zusammenarbeit in der EU sind Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Wirtschaftliche und soziale Unterschiede sollen abgebaut, zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt und antidemokratische Strömungen bekämpft werden.

2. Die AfD will keine EU-Sozialpolitik und die Freizügigkeit von EU-Bürger_innen stark beschränken.

Ohne eine ausgleichende Kohäsionspolitik und sozialpolitische Standardsetzung durch die EU würden sich die Lebensunterschiede zwischen den europäischen Staaten vergrößern. Dies würde auch den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit die Steuereinnahmen schwächen. Die Freizügigkeit von EU-Bürger_innen ist ein wichtiger Baustein, um dem hiesigen Arbeitskräftebedarfe (auch im Gesundheits- und Pflegebereich) flexibel und unbürokratisch zu begegnen. Das Freizügigkeitsrecht sieht derzeit vor, dass erwerbstätige EU-Bürger_innen bei Zugang zu sozialen Leistungen Deutschen gleichgestellt sind – also z.B. mit Bürgergeld aufstocken können. EU-Bürger_innen, die zur Arbeitssuche einreisen, erhalten hingegen keine Leistungen. Würden, wie von der AfD gefordert, steuerfinanzierte Sozialleistungen erst nach 10 Jahren ununterbrochener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ohne staatliche Zuschüsse in Deutschland erteilt, würde dies insbesondere Beschäftigte in Teilzeit oder im Niedriglohnsektor treffen. Aber auch „Normalverdiener_innen“, die ihre Familien nicht vollumfänglich ernähren können, würden unter dem Vorschlag leiden. Freizügigkeit würde damit auf Besserverdienende reduziert werden. In Branchen mit niedrigen Löhnen oder hohem Teilzeitanteil würde die Beschäftigung von EU-Bürger_innen erschwert.

³ Siehe Tagesschau vom 23.6.2023: [Drei Jahre nach dem Brexit: "Großbritannien pfeift aus dem letzten Loch" | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) (letzter Abruf am 8.4.2024)

Die Vision des Deutschen Caritasverbands ist eine starke europäische Sozialpolitik und eine gut ausfinanzierte Kohäsionspolitik, um die Lebensverhältnisse in den europäischen Regionen zu verbessern und anzugleichen. Die Freizügigkeit der EU-Bürgerinnen und Bürger gehört zu den Grundpfeilern der EU und darf nicht auf Erwerbstätige reduziert werden.

Wer die entsprechenden Voraussetzungen für Leistungsansprüche erfüllt, darf nicht auf Grund seiner Staatsangehörigkeit ausgeschlossen werden. Funktionierende, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete und von keiner Vorleistung abhängige Grundsicherungssysteme sind in allen EU-Mitgliedstaaten wesentlich. Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Ländern sollen die gleichen Möglichkeiten haben, in ihrer Heimat ein gutes Leben zu führen. Deswegen fordern wir u.a. einen rechtsverbindlichen EU-Rahmen für nationale Grundsicherungssysteme in Form einer EU-Richtlinie, die nationale Traditionen respektiert.

3. Die AfD möchte Grenzen schließen und das Individualrecht auf Asyl in Deutschland abschaffen.

Bereits heute existieren kaum reguläre Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende in die EU. Die AfD suggeriert mit ihrem Fokus auf die Verhinderung irregulärer Einreisen eine Kriminalisierung Schutzsuchender. Tatsächlich ist das irreguläre Betreten des Territoriums der EU jedoch eine Begleiterscheinung des Schutzgesuchs. Die von der AfD geforderte Abweisung von Asylsuchenden an den EU-Außengrenzen oder den nationalen Binnengrenzen der Mitgliedstaaten wäre ein eklatanter Verstoß gegen das Nicht-Zurückweisungsgebot (non-refoulement) der Genfer Flüchtlingskonvention, die weiterhin gelten würde. Der individuelle Flüchtlingsschutz würde missachtet und der Zugang zum Individualrecht auf Asyl im Sinne des deutschen Grundgesetzes und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union würde defacto abgeschafft. Zudem würde weder die Rückgabe der Zuständigkeit für die Asyl- und Migrationspolitik an die Mitgliedstaaten noch die flächendeckende Schließung der Grenzen automatisch zu weniger Asyl-antragstellenden führen, wie die Erfahrungen aus Großbritannien seit Brexit zeigen.^[1] Das Gemeinsame Europäische Asylsystem wurde einst gerade aus der Erkenntnis heraus geschaffen, dass kein Nationalstaat allein das Thema Migration und Asyl bewältigen kann. Die von der AfD vorgeschlagene Überstellung aller Asylsuchenden in aufnahmewillige Drittstaaten („Ruanda-Modell“) ist praktisch nicht möglich, unverhältnismäßig teuer und zudem rechtlich äußerst fragwürdig, da Asylverfahrensstandards nicht gewährleistet und Menschenrechtsverletzungen nicht ausgeschlossen werden können. Die von der AfD geforderte Abschottung ist brutal: Gewalt an den EU-Außengrenzen (Pushbacks), Massensterben im Mittelmeer, Gestrandete in Bosnien und Tote an der Grenze von Polen zu Belarus. Wenn Flüchtlinge von Drittstaaten in der Wüste ausgesetzt werden, ist das Elend und das Sterben nur weniger sichtbar, aber nicht aus der Welt.

Die Vision des Deutschen Caritasverbands ist eine solidarische Verantwortungsteilung innerhalb der Europäischen Union für die Aufnahme geflüchteter Menschen. Der europäische Flüchtlingsschutz muss von gemeinsamen Werten wie dem Prinzip der Solidarität und der Wahrung der Menschenrechte geprägt sein. Der Zugang zu individuellem Flüchtlingsschutz in der EU muss gewährleistet werden. Humanitäre Katastrophen, insbesondere an den EU-

^[1] Siehe Deutsche Welle vom 25.5.2023: <https://www.dw.com/de/einwanderung-nach-gro%C3%9Fbritannien-auf-rekordniveau/a-65732313> (letzter Abruf am 8.3.2024)

Außengrenzen und im Mittelmeer müssen verhindert werden. Das Grenzschutzsystem der EU muss menschenwürdig ausgestaltet sein. Um Schutzbedürftigen gefährliche Fluchtwege zu ersparen, sind legale, sichere Zugangsmöglichkeiten auszubauen. Fluchtursachen müssen in gemeinsamer Anstrengung bekämpft werden. Dazu zählt auch die Anerkennung der bedrückenden Wirklichkeit von Klimaflüchtlingen. Die gesellschaftliche Teilhabe und Integration von neu Zugewanderten muss von Anfang an gefördert werden. Symbolpolitik, die von den echten Herausforderungen in der Sozialpolitik oder dem Klimawandel ablenkt, trägt nicht zur Lösung bestehender Probleme bei.

4. Die AfD leugnet die Realität des menschengemachten Klimawandels.

Die Klimakrise mit ihren verheerenden Auswirkungen weltweit, aber auch in Deutschland, ist immer stärker zu spüren. Dass der Klimawandel menschengemacht ist, ist seit 1995 nachgewiesen und heute breiter wissenschaftlicher Konsens.⁴ Die Eindämmung der Klimakrise ist gerade mit Blick auf Armutsbekämpfung und gesellschaftliche wie globale Gerechtigkeit absolut vordringlich. Die Europäische Klimaschutzpolitik wie der Europäische Grüne Deal sind wissenschaftsbasiert. Die steigenden Energiepreise in den letzten Jahren entstanden nicht durch einen vermeintlich „bewusst herbeigeführten Energiemangel“ durch CO₂-Bepreisung, sondern in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Tatsächlich werden die Energiepreise mit der CO₂-Bepreisung, die die EU beschlossen hat, in den nächsten Jahren steigen. Dies ist notwendig, um CO₂-Einsparungen mit marktlichen Anreizen zu erzielen. Eine soziale Kompensation durch den Klima-Sozialfonds ist Teil der europäischen Klimapolitik.

Die Vision des Deutschen Caritasverbands ist eine sozial gerecht gestaltete ökologische Wende und die weitere Umsetzung des Europäischen Grünen Deals. Die Klimakrise ist als Ursache humanitärer Krisen weltweit zu bekämpfen. Dabei müssen soziale Implikationen bei den Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele stärker Berücksichtigung finden⁵. Zur Erreichung der europäischen und internationalen Klimaziele müssen nicht nur erneuerbare Energien ausgebaut, sondern fossile Energien insgesamt eingespart werden. EU-Vorgaben zur Energieeffizienz sind von entscheidender Bedeutung für einen gerechten Übergang. Bus- und Bahnverbindungen müssen europaweit ausgebaut und ihre Taktung erhöht werden. Der mit dem erweiterten Emissionshandelssystem verbundene Klima-Sozialfonds muss deutlich aufgestockt und so umgesetzt werden, dass die Gelder tatsächlich den am stärksten belasteten Haushalten zugutekommen. Gleichzeitig müssen Klimaanpassungen u.a. im Arbeitsschutz gefördert werden. Dafür müssen Fördergelder der EU für gefährdete Haushalte und gemeinnützige Träger bereitgestellt werden. Ein ambitionierter und sozial gerecht gestalteter Klimaschutz sollte zur Leitlinie der Daseinsvorsorge werden. Die Verantwortung Europas für den globalen Süden muss aktiv wahrgenommen werden. So wird Klimaschutz Armut überwinden helfen.

⁴ Siehe Max Planck Institut: [Klimawandel und Transformation | Max-Planck-Gesellschaft \(mpg.de\)](https://www.mpg.de/klimawandel) (letzter Abruf am 8.3.2024)

⁵ Die Jahreskampagne 2023 des Deutschen Caritasverbandes war dem sozial gerechten Klimaschutz gewidmet. Materialien und Positionen finden sich auf www.caritas.de/klima, weitere Argumente finden sich in: Stephan Rixen und Eva M. Welskop-Deffaa, Klimasozialpolitik, Freiburg 2023